

Haftungsrecht in der kommunalen Praxis

**Handbuch mit Musteranweisungen
zur Organisation der Haftungsvermeidung**

Von

Carsten Rotermund

Referent bei der Versicherungskammer
Bayern

3., überarbeitete Auflage

ERICH SCHMIDT VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

1. Auflage 1996
2. Auflage 2001
3. Auflage 2004

ISBN 3 503 07868 1

Alle Rechte vorbehalten

© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co., Berlin 2004
www.ESV.info

Dieses Papier erfüllt die Frankfurter Forderungen der Deutschen Bibliothek und der Gesellschaft für das Buch bezüglich der Alterungsbeständigkeit und entspricht sowohl den strengen Bestimmungen der US Norm Ansi/Niso Z 39.48-1992 als auch der ISO Norm 9706.

Gesetzt aus der Times New Roman 9/11 Punkt

Satz: multitext, Berlin
Druck: Druckhaus Berlin-Mitte
Bindung: Stein + Lehmann, Berlin

Vorwort zur dritten Auflage

Seit Erscheinen der Voraufgabe 2001 hat sich das Haftungsrecht erheblich gewandelt: Die Schuldrechtsreform, das Schadensersatzmodernisierungsgesetz sowie eine Vielzahl neuer Gerichtsentscheidungen machten eine weitgehende Überarbeitung und Aktualisierung erforderlich.

Erheblich überarbeitet wurden die Ausführungen über den Haftungsausschluss bei Arbeitsunfällen (Randnummern 567–574), insbesondere zur Tätigkeit unterschiedlicher Betriebsangehöriger auf gemeinsamen Betriebsstätten. Ebenso mussten in Folge der Neuerungen des Schadensersatzmodernisierungsgesetzes die Erörterungen des Haftpflicht- und Straßenverkehrsgesetzes (Rdnrn. 120 ff. und 143 ff.) ergänzt und neu gefasst werden. Die erheblich wachsende Bedeutung des Europarechts hat für die Kommunen zunehmend haftungsrechtliche Konsequenzen: Der BGH hat eine Haftung auch kommunaler Einrichtungen wegen Verstoßes gegen europäische Richtlinien und Verordnungen für möglich gehalten (gemeinschaftsrechtlicher Staatshaftungsanspruch, Rdnr. 91 a ff.). Im Vergaberecht spielt die Frage der Zulässigkeit der Auftragsvergabe an Eigenbetriebe oder Eigengesellschaften der Kommunen (sog. „Inhouse-Geschäfte“, Rdnr. 499) eine bedeutende Rolle. Mittlerweile liegen die ersten Erfahrungen mit der neuen Vergabeverordnung vor. Die Arzthaftung wurde in den letzten Jahren wesentlich durch die neueren Entscheidungen des BGH zu den haftungsrechtlichen Folgen der Geburt nicht gewünschter Kinder („Kind als Schadenquelle“, Rdnrn. 543 ff.) beherrscht, die eine vollständige Neubearbeitung dieses Problemkreises erforderlich machten.

Im Übrigen wurden wieder eine Vielzahl aktueller Entscheidungen des BGH und der Instanzgerichte zu allen behandelten Fragen, insbesondere zur Verkehrssicherungspflicht eingearbeitet.

Mit freundlicher Genehmigung der BADK konnten die Musterdienstanweisungen zur Organisation im Interesse der Schadenverhütung aus deren Sonderheft 2003 übernommen werden. Es handelt sich wiederum um gegenüber der Voraufgabe überarbeitete und erweiterte Muster.

Trotz der erheblichen Erweiterung einschließlich der Einfügung neuer Unterkapitel konnte die Einteilung der Randziffern gegenüber der Voraufgabe weitgehend beibehalten werden. Zudem wurden die Kapitel nochmals weiter gehend strukturiert und untergliedert. Im Übrigen wurde das Grundmuster der Erstaufgabe weiterhin nicht angestastet.

Vorwort zur dritten Auflage

Mir zugängliche Rechtsprechung, Literatur und Gesetzgebung wurden berücksichtigt, soweit sie bis zum März 2004 veröffentlicht waren.

Mein Dank gilt erneut der Versicherungskammer Bayern, hier insbesondere Herrn *Wittmann*, der BADK in Köln für die Überlassung der Musterdienstanweisungen und Kontrollblätter sowie meiner Frau *Renate*, ohne deren Unterstützung und Hilfe auch diese Auflage nicht hätte heraus gebracht werden können.

Traunstein, im März 2004

Carsten Rotermond

Vorwort zur ersten Auflage

Das vorliegende Buch stellt den Versuch dar, einen möglichst umfassenden Überblick über die zivilrechtliche Haftung der Kommunen zu verschaffen. Es richtet sich vornehmlich an alle diejenigen (auch Nichtjuristen), die in der Praxis mit der Geltendmachung oder der Abwehr von Schadensersatzforderungen gegen die Gemeinden befasst sind. Insbesondere soll es durch Aufzeigen der Haftungsrisiken und Ratschläge zur Schadenverhütung dazu beitragen, die Schädigung Dritter und daraus resultierende Forderungen durch kommunale Tätigkeiten überhaupt zu vermeiden.

Die Arbeit beruht auf den Erfahrungen aus meiner Tätigkeit als Schadenreferent einer kommunalen Haftpflichtversicherung und der Auswertung von über 450 Urteilen, die zum Teil bisher noch nicht veröffentlicht wurden. Im Interesse einer praktischen Handhabung habe ich auf die Darstellung rechtswissenschaftlicher Meinungsstreite bewusst weitgehend verzichtet und den Schwerpunkt auf die Erläuterung und kritische Würdigung der Rechtsprechung, insbesondere des Bundesgerichtshofs, gelegt. Die Fundstellen sind in den Text eingearbeitet worden, von der Einfügung von Fußnoten wurde abgesehen. Literaturhinweise beschränken sich im Wesentlichen auf die jedem Praktiker zugänglichen Standardwerke und -zeitschriften, so dass zu einzelnen Problemen nachgelesen werden kann, ohne auf spezielle Bibliotheken oder Universitätsbüchereien zurückgreifen zu müssen.

Soweit nicht selbst erstrittene Urteile verwertet wurden, habe ich zu einem Großteil auf die Veröffentlichungen in den „*Informationen der Bundesarbeitsgemeinschaft Deutscher Kommunalversicherer*“ (BADK-Information) zurückgegriffen, die speziell Entscheidungen und Aufsätze zur Kommunalhaftung publiziert. Diese Zeitschrift kann von den Kommunalverwaltungen über die für sie zuständigen Kommunalversicherer (Anschriften am Ende des Buchs) bezogen werden.

Da sich das Buch auch an Sachbearbeiter in der Kommunalverwaltung und andere Personen richtet, die keine rechtswissenschaftliche Ausbildung durchlaufen haben, habe ich mich bemüht, in den ersten Kapiteln jedenfalls in den Grundzügen auch die allgemeinen Grundlagen des Haftungsrechts zu erläutern, auf die dann später zurückverwiesen wird.

Zur Auflockerung und Veranschaulichung wurden immer wieder durch Kursivdruck abgesetzte *Beispiele* eingestreut, die im Wesentlichen den besprochenen Gerichtsentscheidungen nachgebildet sind.

In den Anhang des Buchs habe ich Muster für Dienstanweisungen und Kontrollblätter aufgenommen, um die Organisation der Haftungsvermeidung zu erleichtern. Diese

Vorwort zur ersten Auflage

Muster sind freundlicherweise von der BADK zur Verfügung gestellt und deren Broschüre „*Haftungsrechtliche Organisation im Interesse der Schadenverhütung*“ entnommen worden, die Ende 1995 neu herausgegeben und aktualisiert werden wird.

Ich hoffe daher, dem Benutzer eine umfassende und praxisorientierte Darstellung des kommunalen Haftungsrechts zur Verfügung stellen zu können.

Mein besonderer Dank für ihre wertvolle Mithilfe gilt Herrn *Walther Kappler*, Herrn *Alexander Kuhn* und Herrn *Dieter Schneider* für die Durchsicht des Manuskripts, der *Versicherungskammer Bayern*, insbesondere Herrn *Binder* und Herrn *Kintzel* für die Beschaffung der erforderlichen Literatur und Rechtsprechung sowie dem *KSA der Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen* für die Hilfe bei der Ausarbeitung des Kapitels über die Kommunalhaftung in den neuen Bundesländern. In ganz besonderer Weise möchte ich mich auch bei meiner Frau *Renate* für ihre Mithilfe bedanken, ohne deren Geduld und Verständnis diese Arbeit nicht hätte vollendet werden können.

Rechtsprechung, Literatur und Gesetzgebung wurden berücksichtigt, soweit sie bis zum September 1995 veröffentlicht waren.

Für Anregungen und Kritik bin ich dankbar.

Traunstein, im Oktober 1995

Carsten Rotermund

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randnummer
Vorwort zur dritten Auflage	5	
Vorwort zur ersten Auflage	7	
Abkürzungsverzeichnis	19	
Kapitel I		
Einführung		
	25	1 – 31
1. Die Verantwortlichkeit der Gemeinden und Kreise als juristische Personen	27	6 – 17
1.1 Haftungsrechtliche Zurechnung hoheitlicher Tätigkeiten ..	28	7 – 11
1.2 Haftungsrechtliche Zurechnung privatwirtschaftlicher Tätigkeiten	32	12 – 17
2. Die persönliche Haftung des Bediensteten	35	18 – 31
2.1 Haftung der Beamten	35	19 – 22
2.2 Haftung der Arbeiter und Angestellten	37	23
2.3 Rückgriff des Dienstherrn	37	24 – 31
2.3.1 Rückgriffshaftung des Beamten	37	25 – 26
2.3.2 Rückgriffshaftung des Arbeiters/Angestellten	38	27 – 31
Kapitel II		
Haftungsgrundlagen		
	41	32 – 211
1. Verschuldenshaftung	41	33 – 118
1.1 Privatrechtliche Deliktshaftung, §§ 823 ff. BGB	43	37 – 58
1.1.1 Rechtsgutsverletzung und Schaden	44	39 – 53
1.1.2 Rechtswidrigkeit	53	54 – 56
1.1.3 Verschulden	54	57 – 58
1.2 Amtshaftung	55	59 – 91
1.2.1 Inhalt und Umfang der Amtspflichten	55	60 – 62
1.2.2 Drittbezogenheit der Amtspflichten	57	63 – 69
1.2.3 Verschulden	60	70 – 72
1.2.4 Rechtswidrigkeit	62	73
1.2.5 Fehlende anderweitige Ersatzmöglichkeit (Verweisungsprivileg)	63	74 – 80

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randnummer
1.2.6	Schadensabwendung durch Gebrauch eines Rechtsmittels	67 81 – 85
1.2.7	Bindung im Amtshaftungsverfahren an verwaltungsgerichtliche Vorentscheidungen	70 85 a
1.2.8	Verjährung	71 86 – 91
1.2.9	Der gemeinschaftsrechtliche Staatshaftungsanspruch	74 91 a– 91 c
1.3	Vertragliche Haftung	76 92 –118
1.3.1	Schadensersatz wegen Fehlens vereinbarter Beschaffenheiten	78 97 –100
1.3.2	Positive Forderungsverletzung (pFV)	80 101 –109
1.3.3	Verschulden bei Vertragsschluss (culpa in contrahendo)	84 110 –113
1.3.4	Haftungserstreckung gegenüber nicht am Vertrag beteiligten Dritten	87 114 –118
2.	Gefährdungshaftung	90 119 –177
2.1	Haftpflichtgesetz (HPfLG)	90 120 –142
2.1.1	Die Haftung des Bahnunternehmers	91 121 –128
2.1.2	Die Anlagenhaftung	95 129 –141
2.1.3	Haftungsbegrenzung und Mitverschulden	103 142
2.2	Straßenverkehrsgesetz (StVG)	103 143 –156
2.3	Wasserhaushaltsgesetz (WHG)	109 157 –163
2.4	Umwelthaftungsgesetz (UHG)	115 164 –177
2.4.1	Begriff der „Anlage“	115 167
2.4.2	Umwelteinwirkung	117 168
2.4.3	Kausalität	117 169 –173
2.4.4	Haftungsumfang	120 174 –175
2.4.5	Deckungsvorsorge	121 176 –177
3.	Enteignungs- und Ausgleichsansprüche	122 178 –206
3.1	Der enteignungsgleiche/enteignende Eingriff	124 180 –192
3.1.1	Begriff des Eingriffs	126 184 –185
3.1.2	Unmittelbarkeit des Eingriffs	127 186 –187
3.1.3	Schwere des Eingriffs	129 188
3.1.4	Verpflichteter	130 189
3.1.5	Einzelfälle	130 190 –192
3.1.5.1	Lärm	130 190
3.1.5.2	Schäden durch Ampelfehlschaltungen („feindliches Grün“)	131 191 –192
3.2	Der Aufopferungsanspruch	133 193
3.3	Der nachbarrechtliche Ausgleichsanspruch	134 194 –201
3.4	Spezialgesetzliche Sonderregelungen	139 202 –204
3.5	Verjährung	142 205 –206
4.	Beweisfragen	143 207 –211

Kapitel III

	Die Staatshaftung in den neuen Bundesländern	149	212	-233
1.	Das Staatshaftungsgesetz der DDR	150	213	-226
1.1	Die Fortgeltung des StHG-DDR als Landesrecht	150		214
1.2	Der Haftungstatbestand des StHG-DDR	151	215	-219
1.3	Der Umfang der Haftung	155		220
1.4	Die Schadenminderungspflicht	155		221
1.5	Verjährung	156		222
1.6	Verfahren	157		223
1.7	Verhältnis des StHG-DDR zu anderen Anspruchs- grundlagen	157	224	-226
2.	Besonderheiten der Anwendbarkeit des sonstigen Haftungsrechts	159	227	-233
2.1	Verschuldensmaßstab	159		228
2.2	Amtshaftung bei Grundstücksverkehrsgenehmigungen.	160	229	-233

Kapitel IV

	Die Verkehrssicherungspflichtverletzung	165	234	-351
1.	Allgemeines	165	234	-247
1.1	Umfang der Verkehrssicherungspflicht	166	235	-246
1.2	Verpflichteter	174		247
2.	Sicherung des Straßenverkehrs	175	248	-316
2.1	Verantwortlichkeit für den Straßenzustand	176	251	-270
2.1.1	Pflichten gegenüber dem Fahrverkehr	179	254	-265
2.1.1.1	Gefahren durch Schlaglöcher und Kanaldeckel	180	254a-	259
2.1.1.2	Verkehrsberuhigende Maßnahmen	183	260	-262
2.1.1.3	Freihaltung des Luftraumes über der Straße	187	263	-263a
2.1.1.4	Beleuchtung der Straßen und Wege	188		264
2.1.1.5	Parkhäuser und Parkplätze	188		265
2.1.2	Pflichten gegenüber dem Fußgängerverkehr	189	266	-270
2.1.2.1	Unebenheiten im Straßenbelag	190	268	-268a
2.1.2.2	Beleuchtung der Gehwege	191		269
2.1.2.3	Verunreinigungen	192		270
2.2	Räum- und Streupflicht	192	271	-296
2.2.1	Sachlicher Umfang der Räum- und Streupflicht	193	272	-277
2.2.1.1	Zeitliche Grenzen	195	273	-276
2.2.1.2	Wahl der Streumittel	198		277
2.2.2	Pflichten gegenüber dem Fahrverkehr	198	278	-282
2.2.2.1	Verkehrswichtige Straßen	199		279
2.2.2.2	Gefährliche Stellen	200		280
2.2.2.3	Einmündungsbereiche	201		281
2.2.2.4	Parkplätze	202		282

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randnummer
2.2.3	Pflichten gegenüber dem Fußgängerverkehr	202 283 –287
2.2.4	Organisationspflichten.	206 288 –289
2.2.5	Übertragung von Sicherungspflichten auf Anlieger	207 290 –296
2.2.5.1	Satzungen und Rechtsverordnungen	207 290a–291
2.2.5.2	Inhalt und Umfang der Übertragung	208 291 a–293
2.2.5.3	Überwachungspflichten	209 294
2.2.5.4	Eigentümlichkeiten in einigen Bundesländern	210 295
2.3	Straßenbäume	211 297 –302
2.4	Bauarbeiten	215 303 –307
2.4.1	Absicherung, Beschilderung	216 304 –305
2.4.2	Tiefbauarbeiten, Schäden an Versorgungsleitungen	218 306
2.4.3	Verschmutzungen	219 307
2.5	Verkehrsregelungspflicht	220 308 –311
2.6	Die Straßenverkehrssicherungspflicht in den neuen Bundesländern	223 312 –316
3.	Gebäude und öffentliche Einrichtungen	225 317 –351
3.1	Gebäude	226 317 –321
3.1.1	Fußböden	227 319
3.1.2	Lichtschachtabdeckungen	228 320
3.1.3	Sonderregelungen: § 836 BGB und vermietete Einrichtungen	228 321
3.2	Sporteinrichtungen	229 322 –324
3.3	Kindergärten, Schulen und Spielplätze	230 325 –331
3.3.1	Anforderungen an Spiel- und Sportgeräte	231 327
3.3.2	DIN-Vorschriften	232 327a
3.3.3	Kontrollen und Dienstanweisungen	233 329 –330
3.3.4	Abenteuerspielplätze, Einrichtungen für Inlineskates oder Skateboards	234 331
3.4	Krankenhäuser, Alten- und Pflegeheime	235 332 –335
3.5	Dachlawinen	238 336 –338
3.6	Schwimmbäder, Seen, Baggerseen, Wasserrutschen	240 339 –347
3.6.1	Technische Ausgestaltung und Überwachung von Wasserrutschen	243 343 –346
3.6.2	Überwachungs- und Organisationspflichten in Schwimmbädern	245 347
3.7	Friedhöfe	246 348 –351

Kapitel V Die kommunale Haftung im öffentlichen Baurecht

	249	352 –415
1. Bauplanungsrecht	249	353 –398
1.1 Aufstellung und Änderung von Bauleitplänen	252	356 –363

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randnummer
1.2 Überplanung kontaminierter Grundstücke (Altlasten)	258	364 –384
1.2.1 Ausweisung kontaminierter Flächen als Amtspflicht- verletzung	259	365 –371
1.2.2 Wohn- und Arbeitsbevölkerung als „Dritte“	261	372 –375
1.2.3 Kein allgemeiner Vertrauensschutz in Bebaubarkeit	264	376 –379
1.2.4 Umfang des zu ersetzenden Schadens	265	380 –382
1.2.5 Keine Haftung nach Enteignungsgrundsätzen	267	383 –384
1.3 Versagung oder Erteilung des kommunalen Einver- nehmens	268	385 –398
2. Die Baugenehmigung	275	399 –415
2.1 Amtshaftung bei rechtswidriger Versagung der Bau- genehmigung	278	404 –405
2.2 Amtshaftung bei rechtswidriger Erteilung der Baue- nehmigung	279	406
2.3 Amtshaftung bei rechtswidriger Verzögerung oder Nicht- erteilung einer möglichen eingeschränkten Erlaubnis	280	407
2.4 Schutzbereich der Amtspflichten im Baugenehmigungs- verfahren	281	408 –411
2.5 Erteilung einer Baugenehmigung für altlastenverseuchtes Grundstück	283	412
2.6 Verschuldensmaßstab, Pflicht zur Schadenabwendung durch Gebrauch eines Rechtsmittels	283	413 –414
2.7 Versagung der Baugenehmigung als enteignungsgleicher Eingriff	284	415

Kapitel VI

Auskunfts- und Organisationshaftung der Kommunalverwaltung

	285	416 –433
1. Auskunftshaftung	285	417 –424
2. Organisationshaftung	291	425 –433
2.1 Stilllegung von Kraftfahrzeugen durch die Zulassungsstelle	292	426 –427
2.2 Ermöglichung einer Eheschließung oder Testaments- errichtung bei Todesgefahr	293	428
2.3 Aufbewahrungspflichten in öffentlichen Einrichtungen	294	429
2.4 Ausschreibung und Besetzung öffentlicher Stellen	294	430 –431
2.5 Ersatz von Verzögerungsschäden	296	432 –433

Kapitel VII
Haftung für Schäden durch Tätigkeiten
im Rahmen der Daseinsvorsorge

		299	434	–510
1.	Abwasserbeseitigung	299	435	–469
1.1	Gebäudeschäden durch Kanalbaumaßnahmen	300	436	–441
1.2	Überschwemmungsschäden	303	442	–469
1.2.1	Die Haftung für Schäden durch unzureichende Dimensionierung, Wartung und Unterhaltung kommunaler Kanalisationsanlagen	303	443	–451
1.2.2	Schäden durch Rückstau	309	452	–462
1.2.2.1	Pflicht der Anlieger zum Einbau von Rückstausicherungen gem. DIN 1986	310	453	–455
1.2.2.2	Keine Amtshaftung bei fehlender Rückstausicherung	312		456
1.2.2.3	Keine Haftung nach dem Haftpflichtgesetz	314		457
1.2.2.4	Enteignungsgleicher/enteignender Eingriff	314	458	–460
1.2.2.5	Haftungsausschluss für Rückstauschäden in kommunalen Entwässerungssatzungen	318	461	–462
1.2.3	Schäden durch Oberflächenwasser	319	463	–469
2.	Schädigungen durch Straßenbaumaßnahmen	324	470	–473
3.	Energie- und Wasserversorgung	326	474	–482
3.1	Wasserversorgung	327	475	–476
3.2	Energieversorgung	328	477	–478
4.	Müllabfuhr, Abfallbeseitigung	329	479	–482
5.	Verantwortlichkeit für in Obhut genommene Personen	332	483	–492
5.1	Beistandschaft, Amtsvormundschaft	332	484	–487
5.2	Aufsichtspflichten in Kindergärten und Schulen	335	488	–492
6.	Ausschreibung öffentlicher Aufträge	338	493	–510
6.1	Vergabeverfahren gem. §§ 97 ff. GWB	338	494	–502
6.1.1	Anwendbarkeit des Vergaberechts auf Kommunen und kommunale Einrichtungen	341		498
6.1.2	„Inhouse-Geschäfte“	341		499
6.1.3	Wirtschaftlichstes Angebot	343		500
6.1.4	Nachprüfungsverfahren	344		501
6.1.5	Schadensersatz	345		502
6.2	Vergabeverfahren außerhalb des GWB	346	503	–510
6.2.1	Rechtsnatur und Bindungswirkung der Verdingungsordnungen	346		504
6.2.2	Schadensersatz aus culpa in contrahendo bei fehlerhafter Ausschreibung	347	505	–508
6.2.3	Schadensersatz wegen Nichtdurchführung einer europäischen Ausschreibung	349	509	–510

		Seite	Randnummer
Kapitel VIII			
Haftung für Schäden durch			
Tätigkeiten zur Gefahrenabwehr			
		353	511 –526
1.	Polizeirechtlicher Überblick	353	511 –517
2.	Feuerwehr	359	518 –524
3.	Schäden im Zusammenhang mit der Unterbringung von Asylbewerbern und Obdachlosen	363	525 –526
Kapitel IX			
Arzthaftung			
		367	527 –566
1.	Allgemeines	367	527 –528
2.	Die Verantwortlichkeit der Kommunen als Krankenhausträger	368	529 –540
2.1	Vertragliche Haftung	368	530 –535
2.1.1	Der totale Krankenhausvertrag	370	532
2.1.2	Der gespaltene Arzt-Krankenhausvertrag	371	533 –535
2.2	Deliktische Haftung	373	536 –540
2.2.1	Haftung für Organe	374	537
2.2.2	Haftung für Verrichtungsgehilfen	374	538 –539
2.2.3	Haftung beamteter Ärzte	376	540
3.	Die Haftung für Behandlungsfehler	377	541 –548
3.1	Arten von Behandlungsfehlern	378	542
3.2	Haftung für die Folgen der Geburt eines unerwünschten Kindes („Kind als Schadensquelle“).....	379	543 –545a
3.3	Verschuldensmaßstäbe	383	546 –548
4.	Die Haftung für die Verletzung von Aufklärungspflichten	385	549 –554
5.	Organisations- Überwachungs- und Dokumentationspflichten	389	555 –561
5.1	Organisationspflichten	389	556 –557
5.2	Überwachung	392	558
5.3	Dokumentation	392	559 –561
6.	Beweisfragen	394	562 –566

Kapitel X
Der Ausschluss der Ersatzpflicht bei
Arbeits- und Dienstunfällen

		397	567	–581
1.	Der Haftungsausschluss bei Versicherungsfällen gem. §§ 104 ff. SGB VII	397	568	–574
1.1	Begriff des Versicherungsfalls	399		569
1.2	Betriebliche Tätigkeit	399	570	–572
1.3	Gestörtes Gesamtschuldverhältnis bei einer Mehrheit von Schädigern	402	573	–574
2.	Der Haftungsausschluss bei Dienstunfällen gem. § 46 Abs. 2 BeamtVG	403	575	–581
2.1	Begriff des Dienstunfalls	406		578
2.2	Der Regress des Dienstherrn nach dem Erweiterungsgesetz	406	579	–581

Kapitel XI
Der Übergang von Schadensersatzansprüchen
auf Dritte

		409	582	–608
1.	Gesetzlicher Forderungsübergang	410	584	–595
1.1	Zeitpunkt des Übergangs	413	589	–593
1.2	Kongruenz	415	594	–595
1.3	Der Anspruchsübergang bei gekürzter Schadensersatzforderung durch gesetzliche Haftungsbegrenzung und Mitverschulden	417	596	–603
1.3.1	Der Übergang auf den Sozialversicherungs- und Sozialhilfeträger nach § 116 SGB X (relative Theorie)	417	597	–601
1.3.2	Der Übergang auf private Versicherungsunternehmen und den Dienstherrn/Arbeitgeber (Quotenvorrecht des Geschädigten)	420	602	–603
2.	Der Beitragsregress nach §§ 116, 119 SGB X	422	604	–607
3.	Abtretung von Schadensersatzansprüchen an den Arbeitgeber oder sonstige Dritte	424		608

Kapitel XII
Kommunaler Haftpflichtversicherungsschutz

		427	609	–631
1.	Grundlagen des Versicherungsschutzes	428	610	–628
1.1	Versicherter Personenkreis	430		612
1.2	Nicht versicherte Ansprüche	430	613	–619
1.2.1	Erfüllungsansprüche und Erfüllungssurrogate	432	614	–615
1.2.2	Vertragliche und besondere Zusagen	433	616	–618

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randnummer
1.2.3 Ansprüche nach dem Umwelthaftungsgesetz	436	619
1.3 Obliegenheiten des Versicherungsnehmers	436	620 –628
1.3.1 Anzeige des Versicherungsfalls	436	621
1.3.2 Mitwirkungs- und Aufklärungspflichten	437	622
1.3.3 Pflicht zur Abwendung und Minderung des Schadens	437	623 –626
1.3.4 Verbot der Anerkennung und Befriedigung von An- sprüchen	440	627 –628
2. Das Prozessführungsrecht des Haftpflichtversicherers .	442	629 –631

Anhang Muster für Dienstanweisungen und Kontrollblätter zur Organisation der Haftungsvermeidung

	445	632 –655
Muster einer Dienstanweisung zur Kontrolle der Straßen, Wege und Plätze	447	632
Muster eines Kontrollplans	449	633
Muster eines Kontrollblattes zur Straßenüberwachung	450	634
Muster eines Räum- und Streuplans	451	635
Muster eines Einsatzplans zum Räum- und Streuplan	456	636
Muster eines Streubuchs	458	637
Muster einer Dienstanweisung zur Baumüberprüfung	459	638
Muster eines Kontrollblattes zur Baumüberprüfung	461	639
Muster einer Dienstanweisung zur Kontrolle der Verkehrs- sicherheit auf städt./gem. Kinderspiel- und Bolzplätzen	462	640
Muster eines Kontrollblattes zur Spielplatzüberwachung	466	641
Muster eines Bestandsverzeichnisses der städt./gem. Kinder- spiel- und Bolzplätze	467	642
Muster einer Dienstanweisung zur Pflege und Kontrolle von naturnahen Spielräumen	468	643
Allgemeine Hinweise zu Sicherheitsanforderungen an naturnahe Spielräume	472	644
Muster einer Dienstanweisung für den Beauftragten für die Über- wachung von Freizeiteinrichtungen	475	645
Muster einer Dienstanweisung für die Unterhaltung und Über- wachung städt./gem. Sportplätze und Kleinspielfelder	477	646
Muster eines Kontrollblattes zur Sportplatzüberwachung	480	647
Muster einer Dienstanweisung für die Mitarbeiter der städt./gem. Bäder	481	648
Muster einer Dienstanweisung zur Kontrolle der Verkehrs- sicherheit auf kommunalen Friedhöfen	485	649

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randnummer
Muster einer Dienstweisung zur Vermeidung von Erd- leitungsschäden	488	650
Muster einer Dienstweisung zur Kontrolle der städt./gem. Wasserversorgung	491	651
Muster einer Dienstweisung zur Überwachung und zum Betrieb der städt./gem. Kanalisation	495	652
Muster eines Alarmplans bei Ölfällen oder Gift im Bereich der Kläranlage	498	653
Muster eines Kontrollblattes zur Kanalüberwachung	500	654
Muster eines Meldezettels für die Abwasserbeseitigung	501	655
Literaturverzeichnis	503	
Stichwortverzeichnis	505	
Paragrafenverzeichnis	521	
Anschriften der Kommunalversicherer Deutschlands	527	